



Nr. 105. Mittag-Ausgabe.

Achtundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 3. März 1877.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

36. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 2. März).

10 Uhr. Am Ministerische Dr. Friedenthal, die Geheimen Räthe Forch, Kindfleisch.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung von Petitionen. Eine Anzahl von Subaltern- und Unterbeamten des Kreis-Gerichts Bielefeld bitten um Nachzahlung von Ortszulage für das Jahr 1872, indem sie darauf hinweisen, daß die Stadt schon damals die vom Gesetz gejogene Grenze von 20.000 Einwohnern überschritten habe. Der hierauf begründete Antrag sei rechtzeitig beim Justizminister geltend gemacht, jedoch aus rein zufälligen äußerlichen Gründen erst im Jahre 1873 berücksichtigt worden.

Der Referent Abg. Kieschke beantragt, die Petition der Regierung zur Abhilfe zu überweisen. Der Regierungs-Commissar Geh. Rath Kindfleisch hält es für bedenklich, derartige, nur auf Billigkeitsgründe gestützte Ansprüche noch nach einer Reihe von Jahren zu unterstützen. Thatsächlich lasse sich niemals bei einer Stadt feststellen, in welchem Moment das Kind geboren werde, das die Einwohnerzahl auf die gesetzliche Höhe bringe und dadurch den Beamten des Ortes das Beneficium einer Zulage gemäßere. Deshalb müßten die Beamten sich gefallen lassen, wenn ihr Einkommen einmal ein Jahr später erhöht werde, ebenso wie in einer Stadt mit sinkender Einwohnerzahl der entgegengesetzte Fall eintreten könnte. — Trotz dieser Ausführungen schließt sich das Haus dem vom Abgeordneten Windhorst (Bielefeld) lebhaft unterstützten Antrage der Commission mit großer Majorität an.

Namens der Budgetcommission beantragt Abg. Pilet, eine Reihe von Petitionen mehrerer Kreis- und Stadtherichten-Secretäre um Gleichstellung in Rang und Gehalt mit den Secretären bei Obergerichten der Staatsregierung als Material für die Regelung der Rang- und Gehaltsverhältnisse der Gerichtssecretäre bei der bevorstehenden anderweitigen Organisation der Gerichtsbehörden zu überweisen.

Der Antrag wird angenommen.

Die Petitionen der Lehrerwitten Splitterber zu Juliushof und Plath in Dramburg beantragt Abg. Wahrenpennig, der Staatsregierung aus Billigkeitsgründen zur Berücksichtigung mit der Maßgabe zu überweisen, daß ein entsprechender Beitrag aus einem dazu geeigneten Fonds gedeckt werde.

Das Haus tritt dem Antrage bei.

Als Referent derselben Commission befürwortet sodann Abg. Birchow den Antrag, die Petition der Emdener Heringsfischerei-Aktiengesellschaft um Gewährung eines Darlehns oder Mithilfeleistung bei der finanziellen Reform des Unternehmens, der Staatsregierung mit der Aufforderung zu überweisen, für die Aufrechterhaltung und Förderung des darin gedachten Unternehmens in geeigneter Weise Sorge tragen, erforderlicherfalls aber im nächsthäufigen Etat zu diesem Zwecke Mittel bereit stellen zu wollen.

Abg. Lammers kann ebenso aus nationalen wie aus volkswirtschaftlichen Gründen den Antrag nur dringend empfehlen. Für Preußen liege eine gewisse Verpflichtung vor, den Antrag nicht zurückzuweisen; den Preußen habe bereits unter Friedrich d. Gr. dem von Emden aus betriebenen Heringsfang bedeutende und thatkräftige Beihilfe durch Gewährung von Gewinnprämien und dergl. gewidmet.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Merlecker: Die Staatsregierung hat gewiß das lebhafte Interesse, daß die Heringsfischerei, zu der in erster Linie der Heringfang gehört, den kräftigsten Fortgang nehme. Aber es ist doch etwas höchst Bedenkliches, wenn verlangt wird, daß die Regierung eine bestimmte Privatgenossenschaft durch Staatsmittel subventionieren soll. Die Gesellschaft befindet sich leineswegs in einer solchen Lage, daß sie für die Gewährung eines Darlehens in dem gewünschten Betrage eine hinlängliche Garantie bieten könnte. Ihre Ausbeute belief sich im letzten Jahre auf ca. 10.000 Tonnen Heringe. Das ist ein ganz verhindernder Betrag, kaum 1 Prozent des gesamten deutschen Heringfangs, so daß durch die verlangte Unterstützung der Hering auch nicht um 1 Prozent billiger werden wird. Eine etwaige Staatsausübung über die Gesellschaft als Bedingung der Anleihe wäre aber praktisch ganz undurchführbar. Es bliebe also nichts anderes übrig, als die verlangte Summe in Form einer reinen Subvention zu gewähren. Die Folge davon würde aber nur ein massenhaftes Eindringen in die gesetzliche Sicherheit der Präsentivkontrolle gegen Überversicherungen und Speculationsbrände statistisch festgestellt sei, erziehe etwas kühn, da man verbrecherische Absichten und Gedanken im Allgemeinen nicht durch Zählkarten festzustellen vermöge. Die in Rede stehenden Bestimmungen seien durchaus verrottet und er empfehle deshalb dringend die Annahme des Commissionsantrages.

Der Antrag wird angenommen.

Über die Petition des Pfarrers Reiß zu Merzig, Reg.-Bezirk Trier, wegen Gewährung seines gesperrten Staatsgehaltes geht das Haus zur Tagesordnung über.

Um 1½ Uhr vertagt sich das Haus bis Abends 7 Uhr. (1. und 2. Lesung der modifizierten Vorlage wegen Aufhebung des Lehnsvorbandes; Petitionen.)

14. Sitzung des Herrenhauses vom 2. März.

10 Uhr. Am Ministerische Camphausen, Leonhardi, Falt, Achenbach, die Geh. Räthe Scholz, Stüde, Bendemann, Starke, Rötger, Lucanus, Greiff u. a.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsets für 1877/78 auf Grund des mündlichen Berichtes der Budget-Commission. Dieselbe beantragt: den Etat nach den Beschlüssen des Herrenhauses zu genehmigen und schlägt folgende Resolutionen vor:

I. die Staatsregierung aufzufordern, in der nächsten Session dem Landtage die in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vorzulegen und auf eine weientliche Verminderung der allgemeinen Verwaltungskosten Bedacht zu nehmen;

II. die Staatsregierung zu erufen, ihren Einfluß bei der Reichsregierung dahin geltend zu machen, daß die Matrikularbeiträte der Einzelstaaten, soweit thunlich, durch eigene Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern erzeugt werden;

Referent Wildens empfiehlt die Annahme dieser Resolutionen, welche von dem Gedanken ausgehen, die Einnahmen Preußens zu vermehren, um den gestiegenen Ansprüchen des Staats genügen zu können.

Graf Udo zu Stolberg beantragt der Resolution sub II. folgenden Zusatz zu geben: „Die durch die Verminderung oder Beseitigung der Matrikularbeiträte im preußischen Staatshaushalt-Etat sich eventuell ergebenden Überschüsse zu einer Erhöhung der den Provinzial-, beziehungsweise Kreis- und Communalverbänden, gewährten Dotation zu verwenden,“ indem er auf die stets wachsenden Ausgaben der Provinzialverbände verweist.

Graf Brühl befiehlt es, daß dem Herrenhause so wenig Zeit zur Berathung des Etats bleibe; er tadelte dann einzelne Positionen des Etats, die mit dem Culturfund zusammenhangen, z. B. für den kirchlichen Gerichtshof und für den altkatholischen Bischof.

Oberbürgermeister Hasselbach empfiehlt dringend die Annahme der von der Commission vorgeschlagenen Resolutionen. Redner bellagt dann die schlimme Lage des Etats, mit dem es immer bergab gehe und tadelte besonders die außerordentlich hohen Kosten der Selbstverwaltung.

Finanzminister Camphausen: Der Vorredner hat die Neigung, immer die ungünstigen Seiten der Verwaltung ins Auge zu fassen. Daß die enormen Einnahmen der Jahre 1872 und 1873 nicht wiederkehren würden, habe ich stets im Auge behalten und deshalb darauf hingewirkt, daß die Überschüsse zur Schuldentilgung verwendet würden. Daß es mit dem Etat nicht so schlecht steht, geht wohl daraus hervor, daß der Etat für 1870 mit 504½ Millionen Mark, der für 1877 mit 651½ Millionen Mark abschließt, während inzwischen der preußische Staat auf manche Einnahmen verzichtet hat. Es fehlen die Einnahmen aus den Banken, von den Chausseegeldern, die Klassensteuer, die Stempel- und Gewerbesteuer haben sich bedeutend erhöht. Auch das Extrarentarium, welches jetzt immer als so sehr knapp bezeichnet wird, steht noch um 3 Millionen Mark höher als 1870, und dabei sind die Positionen für Chausseebauten bereits anderweit dauernd gedeckt. Was nun die Aufhebung der Matrikularbeiträte und Erzeugung derselben durch indirekte Steuern angeht, so kann ich im Reich nur als Finanzminister eines Einzelstaates dafür wirken; was aber an mir liegt, soll geschehen, und ich bitte die Mitglieder dieses Hauses, welche zugleich Reichstagsabgeordnete sind, mich darin kräftig zu unterstützen. (Beifall.)

Nachdem dann noch Baron Senfft von Pilsach die Kürze der Zeit bellagt hat, in welcher das Haus den Etat erledigen müsse, werden die einzogenen Speialetalets ohne erhebliche Bemerkungen sämtlich nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses genehmigt. Gegen denselben stimmen nur Graf Brühl und Baron Senfft von Pilsach.

Die beiden von der Commission vorgeschlagenen Resolutionen werden angenommen, der von dem Grafen Udo zu Stolberg vorgeschlagene Zusatz abgelehnt.

Hinsichtlich der Übersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1875 tritt das Haus dem Antrage der Budget-Commission bei: in Übereinstimmung mit dem Beschuß des Hauses der Abgeordneten vorbehaltlich der bei der Prüfung der Rechnung sich ergeben-

Abg. v. Meyer (Arnswalde) beantragt im Interesse der Verhinderung von Überversicherungen und Speculationsbränden über die Petition zur Tagesordnung überzugeben.

Abg. Jacoby führt aus, die bestehende Präsentiv-Kontrolle entspreche den Grundsätzen des alten Polizeistaates. Vor vierzig Jahren, als das Gesetz erlassen wurde, habe man auf eine Durchführung des darin aufgestellten Prinzips rechnen können. Gegenwärtig bei dem gestiegenen Verkehr, bei der fortgeschrittenen Entwicklung des Versicherungswesens sei dieselbe absolut unmöglich. Man dürfe annehmen, daß in Berlin allein etwa 50.000 Polcen jährlich zur polizeilichen Genehmigung vorgelegt würden; da könne einer Prüfung nicht die Rede sein. Die Abwendung eines Organs der Polizei in die Wohnung des Versicherten wäre eben nur den Schein, als ob dem Gesetz genügt würde. Die Gewohnheit, diese Angelegenheit schablonenhaft zu behandeln, führe dahin, daß selbst in solchen Fällen, wo ein Anlaß zu genauerer Prüfung vorliege, dieselbe unterbleibe. Der Zweck, gemeingeschäftlichen Überversicherungen vorzubeugen, werde durch die bestehende Gesetzgebung in keiner Weise erreicht. Dagegen habe dieselbe den wirtschaftlichen Nachteil, daß sie die Perfection von Versicherungsverträgen verzögert und so einen Zustand der Unsicherheit herbeiführe.

Geh. Rath Forch erklärt, daß dem Commissionsantrag das prinzipielle Bedenken entgegenstehe, daß man, indem es sich um Befreiung eines im größten Theile von Deutschland geltenden höchst wichtigen Verwaltungs-Grundgesetzes handele, ein möglicherweise für die bevorstehende reichsrechtliche Regelung der Sache unliebsames Präjudiz schaffen würde, auch die Befürchtung entgegenstehe, daß die Gefahr der Überversicherung zunehmen werde: eine Gefahr, die beispielswise in der Provinz Schleswig-Holstein den Wunsch, daß dort die in Altpreußen bestehende Präsentiv-Kontrolle eingeführt werden möge, habe laut werden lassen. Die nützliche Wirksamkeit der bestehenden Vorchrift sei statistisch nachgewiesen. Die Staatsregierung werde, obschon sie die in dem Gesetzentwurf von 1869 niedergelegte Auffassung der Sache gegenwärtig nicht mehr in ihrem vollen Umfange teile, jedenfalls den Gegenstand der Petition der reichsrechtlichen Erwägung unterziehen.

Der Referent befürwortet den Commissionsantrag, da man gegenwärtig wohl kleine Verbesserungen im Versicherungswesen schaffen könne, dagegen eine generelle Revision der Versicherungs-Gesetzgebung durchaus nicht opportun sei. Man würde, wollte man dem Drängen der Privatgesellschaften nachgeben, jetzt dabei ebenso große Missgriffe machen, wie das beim Aktionstag geschehen sei. In den Städten sei die Kontrolle nach der bisherigen Praxis völlig illusorisch. Ein Schuhmann — oder, wenn der Versicherende der glücklich situierten Minderheit angehört, ein Polizei-Lieutenant — trete in das Zimmer, werfe einen flüchtigen Blick auf das Mobilier und erkläre dann die Sache für vollkommen in der Ordnung. Zu bewundern sei die Schärfe des Blicks, der im Stande sei, den Jubel der Schränke zu prüfen, ohne daß dieselben geöffnet worden. Der Abg. v. Meyer habe früher mit soviel Humor über die Schedellosigkeit der Ungezieferpolizei gesprochen; die polizeiliche Kontrolle der Versicherungen stehe mindestens auf der gleichen Stufe. Sollte dieselbe vielleicht auf dem Lande mit besherem Erfolg ausgeübt werden können, so sei es doch immerhin nicht notwendig, den Abschluß der Versicherungen dadurch zu verzögern. Die Behauptung, daß die nützliche Wirksamkeit der Präsentivkontrolle gegen Überversicherungen und Speculationsbrände statistisch festgestellt sei, erziehe etwas kühn, da man verbrecherische Absichten und Gedanken im Allgemeinen nicht durch Zählkarten festzustellen vermöge. Die in Rede stehenden Bestimmungen seien durchaus verrotet und er empfehle deshalb dringend die Annahme des Commissionsantrages.

Der Antrag wird angenommen.

Über die Petition des Pfarrers Reiß zu Merzig, Reg.-Bezirk Trier, wegen Gewährung seines gesperrten Staatsgehaltes geht das Haus zur Tagesordnung über.

Um 1½ Uhr vertagt sich das Haus bis Abends 7 Uhr. (1. und 2. Lesung der modifizierten Vorlage wegen Aufhebung des Lehnsvorbandes; Petitionen.)

14. Sitzung des Herrenhauses vom 2. März.

10 Uhr. Am Ministerische Camphausen, Leonhardi, Falt, Achenbach, die Geh. Räthe Scholz, Stüde, Bendemann, Starke, Rötger, Lucanus, Greiff u. a.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsets für 1877/78 auf Grund des mündlichen Berichtes der Budget-Commission. Dieselbe beantragt: den Etat nach den Beschlüssen des Herrenhauses zu genehmigen und schlägt folgende Resolutionen vor:

I. die Staatsregierung aufzufordern, in der nächsten Session dem Landtage die in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vorzulegen und auf eine weientliche Verminderung der allgemeinen Verwaltungskosten Bedacht zu nehmen;

II. die Staatsregierung zu erufen, ihren Einfluß bei der Reichsregierung

dahin geltend zu machen, daß die Matrikularbeiträte der Einzelstaaten, soweit thunlich, durch eigene Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern erzeugt werden;

III. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

IV. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

V. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

VI. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

VII. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

VIII. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

VIII. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

X. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XI. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XII. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XIII. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XIV. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XV. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XVI. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XVII. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XVIII. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XIX. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XX. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XXI. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XXII. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XXIII. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XXIV. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XXV. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XXVI. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XXVII. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XXVIII. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus indirekten Steuern zu erhöhen;

XXIX. die Staatsregierung zu erufen, ihre Einnahmen des Reiches aus ind

V. Für den Gesetzentwurf, betr. die Seenfälle: Kapp (Vors.), Nieper (Stellv.), v. Soden und Dohrn (Schriftl.).
Vom Reichskanzler sind dem Reichstag in einigen Exemplaren die Ergebnisse der über die Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken und über die Verhältnisse der Lederlinge, Gesellen und Fabrikarbeiter auf Beschluss des Bundesrates aufgestellten Erhebungen mitgetheilt worden. Der Präsident wird dafür Sorge tragen, daß jedes Mitglied des Reichstages ein Exemplar dieses Labrators erhält.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung der Uebersicht über die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen des Reichs für 1875, sowie der Uebersicht der außerordentlichen ausserordentlichen Ausgaben und Einnahmen, welche durch den Krieg gegen Frankreich veranlaßt sind, oder mit demselben im Zusammenhang stehen, für das Jahr 1875.

Abg. Richter (Hagen): Die Einführung dieser Uebersichten sollte wesentlich dazu dienen, die Prüfung der Staatsanschläge zu erleichtern. Nun liegt aber die Periode, über welche sich diese Uebersichten erstrecken, bereits 14 Monate hinter uns, und sie haben darum für unsere diesmalige Staatsberathung einen nur geringen Werth. Es scheint mir durchaus nothwendig, daß diese Uebersichten noch vor der Staatsberathung auf die Periode des Jahres 1875 mit ausgedehnt und demgemäß vervollständigt werden. Es kommt namentlich darauf an, erstens, ob und welche Restbeträge aus der französischen Kriegscontribution noch übrig geblieben sind, sodann zu wissen, welches die Befunde sind, die bei den übertragbaren Fonds Ende des Jahres 1875 noch übrig sind. Meine Freunde und ich haben heute einen Antrag eingebracht, der den Reichskanzler auffordert, schleunigst Nachweisungen nach dieser Richtung vorzulegen, und ich behalte mir die nähere materielle Begründung der Sache vor bis zur Staatsberathung oder bis dieser Antrag auf der Tagesordnung steht. Selbst bis zum Ende des Jahres 1875 ist diese Uebersicht nicht geeignet, eine klare Auskunft über die Restbestände der französischen Kriegscontribution zu geben. Während wir das lebhafte Interesse daran haben, zu wissen, wieviel am Ende jedes Jahres von der französischen Kriegscontribution noch vorhanden war, läßt uns diese Uebersicht darüber völlig im Unklaren. Die Uebersicht v. 1875 ist zum ersten Male auch eine Uebersicht über die Militärverwaltung nach Titeln geordnet, während sie bisher einschließlich Pauschalsummen geordnet war. Es ist gleichwohl noch sehr Vieles dunkel in der Militärverwaltung. So hat unsere Rechnungscommission im Jahre 1872 entdeckt, daß in dieser Verwaltung eine große Zahl von Depots, die aus dem Erlös von Militärgroundstücken resultirten, ganz außerhalb der uns vorgelegten Rechnungen geführt wird.

Erst durch das Monium der Oberrechnungskammer ist uns davon Kenntniß geworden. Eine Frage spezieller Art knüpft sich an die eigenthümliche Verfassungsbestimmung, wonach Württemberg berechtigt ist, die in seinem Militäretat gemachten Ersparnisse für sich zu verwenden. Zu meiner Bewunderung habe ich aus dieser Uebersicht ersehen, daß man dieser Bestimmung gar keine praktische Bedeutung gegeben und sich durch ein Rechnungsmandat darüber hinweggeholt hat. Man hat in Württemberg genau soviel an Ersparnissen berechnet als die Summe der Mehrausgaben beträgt, so daß sich beide bis auf den letzten Pfennig decken. Das eine Rechnungslegung, die auf einem so künstlichen Mandat beruht, nicht fortsetzen kann, liegt auf der Hand. Die betreffende Verfassungsbestimmung selbst ist von sehr geringem praktischen Werth und ich möchte befürchten, ob der württembergischen Regierung selbst an ihrer Aufrechterhaltung viel gelegen ist. Ich möchte der Regierung zu erwägen geben, ob nicht durch eine Vereinbarung des Reichskanzlers mit der württembergischen Regierung diese ungünstliche Verfassungsbestimmung aus der Welt geschafft werden könnte. Die heutige vorliegenden Uebersichten beantrage ich zur Vorprüfung an eine zu wählende Rechnungs-Commission von 7 Mitgliedern zu überweisen.

Präsident Hofmann: Der Vorredner hat an diese Uebersichten Ansprüche gestellt, die durch eine derartige Vorlage überhaupt nicht befriedigt werden können. Was den Nachweis der Restbestände aus der Kriegscontribution, sowie der Beträge aus dem Erlös von Grundstücken in der Militärverwaltung betrifft, so wird sich ja, wenn der darauf gerichtete Antrag zur Berathung kommt, erwägen lassen, in wie weit diesem Verlangen Rechnung zu tragen ist. Es war aber keineswegs die Aufgabe der vorliegenden Uebersichten, auf diese Fragen Antwort zu geben. Diese Uebersichten haben vielmehr nur den Zweck, dem Hause von den statigabten Staatsberichterstellungen Kenntniß zu geben und die Genehmigung des Reichstages dafür nachzuzeichnen. Was die Frage betrifft, ob die württembergische Regierung berechtigt sei, auch jetzt noch Erfahrungen, die sie bei der Militärverwaltung macht, für sich selbst zu behalten, so hoffe ich, daß darüber in der Kürze eine Verschärfung erreicht werden wird. Es hat allerdings darüber zwischen dem Reichskanzleramt und der württembergischen Regierung eine Meinungsverschiedenheit geherrscht, doch hoffe ich bestimmt, daß die Frage demnächst erlebt werden wird; jedenfalls muß sie in irgend einer Weise bald zur Entscheidung kommen.

Abg. Richter (Hagen): Es freut mich, daß auch von Seiten der Bundesregierung an eine anderweitige Regelung dieses absonderlichen Rechts-Verhältnisses des Reiches zu Württemberg gedacht ist undhweile gar nicht, daß ein Einverständnis darüber wird erzielt werden können. Im Übrigen muß ich wiederholter Werth darauf legen, daß uns derartige Uebersichten deutlich und klare Auskunft darüber geben, wieviel am Schluß jedes Jahres von den Restbeständen aus der französischen Kriegscontribution noch vorhanden war.

Der Antrag des Abg. Richter auf Ueberweisung der Uebersichten an eine Rechnungscommission von 7 Mitgliedern wird angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der ersten und dritten Abtheilung über die Wahl des Abg. Dr. Kraatz im zweiten Wahlkreise des Herzogthums Anhalt und des Abg. Graf v. Harbuval und Chamaré im 13. Wahlkreise des Regierungsbezirks Breslau.

Die Abtheilungen beantragen, die Wahl der Abgeordneten selbst für gültig zu erklären, in Betreff der dabei nach Angabe eines eingesandten Protests vorgelkommenen Unregelmäßigkeiten aber den Reichskanzler zu einer Untersuchung der in dem Protest behaupteten Thatsachen durch Zeugenvernehmung zu aufzufordern.

Das Haus tritt dem Antrage bei.

Es folgt die erste Berathung des Patentgesetzes.

Abg. Adermann: Ich begrüße die Vorlage mit Freuden als einen Umschwung in der öffentlichen Meinung und als eine Umlehr von dem bisherigen Prinzip der freien Concurrenz und des Freihandels, welches nahe daran war, das Prinzip der geistigen und intellektuellen Urheberschaft zum angeblichen Vortheil der Gesamtheit aufzugeben und den geistigen Communismus von der Theorie in die Praxis überzuführen. Dank den schlechten Zeiten und der schlimmen Lage unserer Industrie hat man eine Einlenkung zum Besseren auf diesem Gebiete gemacht; ich bin überzeugt, daß solche Wahrnehmungen auch noch zu anderen Schriften führen werden, um Fehler, welche auf legislatorischem Wege begangen worden sind, zu bessern und zu heilen, und insbesondere den berechtigten Klagen der kleinen Gewerbetreibenden Abhilfe zu schaffen. Die volkswirtschaftliche Schule, welche die Freihändler großgezogen und ein halbes Jahrhundert lang auf Befürchtung des Patentschutzes hingearbeitet hat — die sogenannte Manchester-Schule — ist jetzt mit ihrem Latein zu Ende; an uns wird es nun sein, in Deutschland, der Heimath der Denker, daß eine große Menge wissenschaftlicher Lebhaftigkeit besteht, dafür zu sorgen, daß wieder der deutsche Geist, der deutsche Fleiß und der deutsche Credit zu Ehren kommen. Ich kann sagen, daß man bisher in Deutschland nichts Unehrenhaftes darin gefunden hat, fremde Errfindungen ohne Weiteres nachzuahmen; dadurch ist der Gewerbsgeist demoralisiert und der Reiz, Neues zu erfinden, abgeschwächt worden. Wie kommt es, daß in England, wo ein ausgedehnter Patentschutz herrscht, viel weniger Nachahmungen vorkommen, und daß der Engländer seine heimische Industrie und deren Errfindungen viel höher achtet als der Deutsche? Mußten nicht gerade Deutche nach England auswandern, um sich des Vortheils ihrer Errfindung zu versichern, wie der Dr. Siemens, der dort eine Reihe der wichtigsten Errfindungen gemacht hat. Diesem Nebelstande wird jedenfalls durch die Vorlage abgeholfen werden, und deshalb begrüße ich sie mit Freuden als eine Aenderung der bisherigen Richtung. Auf die Specialitäten des Gesetzes glaube ich nicht eingehen zu sollen. Es kann sich fragen, ob man den Fremden dieselben Garantien des Schutzes gewähren soll ohne Rücksicht darauf, ob in anderen Ländern Reciprocity für die Deutschen besteht, es kann sich ferner fragen, ob es richtig ist, das Prinzip der Staatsprüfung für neue Errfindungen beizubehalten, ob der angesetzte Tarif nicht zu hoch geprägt ist; ich glaube aber, daß alle diese wichtigen Punkte sich am besten in der Commission erledigen werden, und zwar schlage ich die Zahl von 21 Mitgliedern vor, wegen der Wichtigkeit der Sache für unsere gesammte Industrie, wegen der Verschiedenheit der Verhältnisse in den verschiedenen Landesteilen und wegen des weitgehenden Interesses, welches Alle an einer guten Erledigung der Frage haben müssen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Braun: Ich ergreife nicht das Wort, um gegen den Antrag der Berweisung an eine Commission zu sprechen, denn ich glaube, darüber kann ja wohl kein Zweifel sein, daß sich die vorliegenden schwierigen und vernickelten Fragen besser in einer Commission vorberathen lassen, als im Plenum des Hauses. Die Erörterungen des Vorredners haben, wie er selbst

es richtig wiedergibt seiner Rede anerkannt, gar nicht den Zweck gehabt, den Gegenstand zu erschöpfen oder auch nur gründlich zu berühren. Selbst unter denjenigen, welche einige sind über die Nützlichkeit oder gar über die Nothwendigkeit des Patentschutzes, bestehen die weitestgehenden Differenzen, wie man dieses Problem lösen soll, ob man das Anmeldedurchfahren oder das Prüfungsverfahren anwenden soll; man ist noch nirgends dahin gelangt, einen Patentschutz einzurichten, der allen Anforderungen der Interessen entspricht. Nun glaube ich nicht, daß der Abg. Adermann die Debatte sehr glücklich eingeleitet hat, indem er von einem Bruch mit dem bisherigen System sprach; denn wir haben bisher einen Patentschutz gehabt, aber einen völlig unvorbereiteten, der nur getäuschte Hoffnungen zur Folge gehabt hat und wir wollen jetzt eine Besserung versuchen. Dazu gehört von allen Seiten sehr viel guter Wille, und ich halte es für eine sehr verwerfliche Tälfel, wenn man von vornherein Schlagwörter wie Manchester-Schule, Freihandel u. s. w. in diese Materie hineinwirkt, welche mit all diesen Dingen auf der Herrgottswelt gar nichts zu thun haben. (Sehr richtig!) Solche billigen, vom Baun gebrochenen Türen zu machen, dazu ist dieser Gegenstand am allerwenigsten geeignet. (Unruhe.)

Präsident v. Jordan bed: Ich muß dem Redner denn doch bemerkern,

dass eine derartige Kritik der Rede eines Vorredners mir nicht angemessen und nicht parlamentarisch erscheint.

Abg. Braun fortfahren: Ich werde dann die Charakteristik auf einem anderen Wege näher durchzuführen suchen. Was versteht der Vorredner unter Manchester-Schule? Dieses Wort hat bisher nur endlose Verwirrung verursacht und dienen, welche die Verwirrung befürchten wollen, sollten doch des Gebrauchs desselben enthalten. In England gibt es eine Manchester-Schule, es ist diejenige Schule, die die Wirtschaftsweise des Staates auf ein Minimum zu reduzieren sucht, die z. B. kleinen hochemittelnden Nationalfirmen hat, die eine solche Abneigung gegen den Krieg hat, daß sie das ganze Staatswesen gleichsam mit den Delikatern des Elihu Burritt decoriren will. (Heiterkeit.) Wo existiert in Deutschland etwas derartiges? Haben in Deutschland nicht diejenigen Männer, die im Sinne der wirtschaftlichen Freiheit arbeiten, zum allermindesten gleichen Wetteifer in Anstrengung für die Sache der Nation, für die Ehre, die Größe und die Macht Deutschlands mit denjenigen, welche jetzt mit verächtlichen Verdächtigungen kommen, die sie nicht erhoben haben zu einer Zeit, als der Wind aus einer anderen Ecke blies? Wozu also sagen: die Freihandelspartei hat Banquierot gemacht, der Bruch mit dem bisherigen System ist vollendet? Ich sehe bis jetzt in unserer Gesetzgebung von allem nichts und beneide den Abg. Adermann um seine Prophezeiung, die mir jedoch hier nicht am Platze zu sein scheint. Namentlich in dem Augenblick, wo wir mit den Nachbarstaaten über die Erneuerung der Handelsverträge unterhandeln und durch solche Neuerungen Missstimmung erzeugt werden könnte, sollte man doch schweigen, und wenn man durchaus das Gefühl hat, eine Cassandra zu sein, so sollte man doch in solchem Augenblick entweder gar keinen oder einen etwas bescheidenen Gebrauch davon machen. Auch in der Thronrede finde ich nichts von einem Bruch mit dem bisherigen wirtschaftlichen System, im Gegenteil, sie巩固irt das bisherige und weiß gerade den Standpunkt des Abg. Adermann auf's Entschiedenste zurück. Ich glaube, wir unsererseits können nichts thun, als in Übereinstimmung mit der Thronrede uns dieser Zurückweisung anzufolgen. Ich ergreife mit Freuden die Gelegenheit, da, wo zum ersten Mal diese Fábe herausgestellt wird, zu erklären, daß wir uns nicht für besiegt halten, und daß wir vor wie nach zur Sache der wirtschaftlichen Freiheit stehen werden. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Ich will mit dem Vorredner nicht darüber reden, ob der Abg. Adermann wohl gethan hat, von einem Bruch mit dem bisherigen wirtschaftlichen System bei diesem Gelehr zu sprechen, aber ich muß doch erwählen, daß diejenige Richtung, welche sich heute gegen den Namen Manchester-Schule verwahrt und deren Ziele im deutschen Vaterlande bekannt sind, auf das Kräftigste seit langen Jahren gegen Aenderung unserer Patent-Gesetzgebung angelaufen hat, und zwar aus dem Prinzip der sogenannten wirtschaftlichen Freiheit, welche der Vorredner vertreten hat. Nach der Meinung desselben ist es auch bedenklich, kurz vor dem Abschluß von Handelsverträgen mit unseren Nachbarstaaten solche Reden zu führen, wie es der Abg. Adermann gethan hat. Die wirtschaftlichen Parteigenossen des Abg. Braun haben immer darauf hingewiesen, daß unsere Nachbarstaaten uns auf dem eingeschlagenen Wege folgen werden. Das Gegenteil davon ist bis jetzt eingetroffen. Also eine Gefahr für diese Verhandlungen ist durch die Reden des Abg. Adermann nicht herbeigeführt. Die Interpretation der Thronrede Seitens des Abg. Braun halte ich ebenfalls nicht für richtig, glaube aber, daß hier nicht der Ort ist zu derartigen Erörterungen. Ich beantrage, daß das Gesetz nicht an eine Commission von 21 Mitgliedern, sondern von 14 Mitgliedern zu verweisen, da es nicht so sehr Viele sind, welche sich für diese Angelegenheit interessieren. (Rufe: Oho!)

Abg. Dr. Braun: Mir ist ein offizielles Glaubensbekenntnis der Freihandelschule oder "Manchesterpartei" über die Patentsfrage nicht bekannt. Die Meinungen sind darüber getheilt und im Wesentlichen kann man sie dahin zusammenfassen, daß jene, welche sich jetzt bestehende Patentgezegung den Bruch der öffentlichen Meinung nicht hat. Um dem Abg. v. Kardorff seine Strümp zu benennen, will ich übrigens nur daran erinnern, daß ich persönlich für ein Patentgesetz bin und mich wiederholt in diesem Sinne, namentlich in der Commission für das Gesetz über den Muster- und Modellschutz ausgesprochen habe. Da ich dort das Vergnügen hatte, gleichzeitig mit Herrn Adermann zu sitzen, so ist mir dessen heutige gegenwärtige Auffassung ein wenig auffällig. Auch meine Freunde, die mit mir in jener Commission saßen, haben sich zum Theil dort, zum Theil in der wissenschaftlichen Presse gleichfalls in dem angegebenen Sinne ausgesprochen. Was die Handelsverträge betrifft, so habe ich dabei vor Allem den Wunsch, daß sie jetzt eingetroffen. Also eine Gefahr für diese Verhandlungen ist durch die Reden des Abg. Adermann nicht herbeigeführt. Die Interpretation der Thronrede Seitens des Abg. Braun halte ich ebenfalls nicht für richtig, glaube aber, daß hier nicht der Ort ist zu derartigen Erörterungen. Ich beantrage, daß das Gesetz nicht an eine Commission von 21 Mitgliedern, sondern von 14 Mitgliedern zu verweisen, da es nicht so sehr Viele sind, welche sich für diese Angelegenheit interessieren. (Rufe: Oho!)

Abg. Dr. Braun: Mir ist ein offizielles Glaubensbekenntnis der Freihandelschule oder "Manchesterpartei" über die Patentsfrage nicht bekannt. Die Meinungen sind darüber getheilt und im Wesentlichen kann man sie dahin zusammenfassen, daß jene, welche sich jetzt bestehende Patentgezegung den Bruch der öffentlichen Meinung nicht hat. Um dem Abg. v. Kardorff seine Strümp zu benennen, will ich übrigens nur daran erinnern, daß ich persönlich für ein Patentgesetz bin und mich wiederholt in diesem Sinne, namentlich in der Commission für das Gesetz über den Muster- und Modellschutz ausgesprochen habe. Da ich dort das Vergnügen hatte, gleichzeitig mit Herrn Adermann zu sitzen, so ist mir dessen heutige gegenwärtige Auffassung ein wenig auffällig. Auch meine Freunde, die mit mir in jener Commission saßen, haben sich zum Theil dort, zum Theil in der wissenschaftlichen Presse gleichfalls in dem angegebenen Sinne ausgesprochen. Was die Handelsverträge betrifft, so habe ich dabei vor Allem den Wunsch, daß sie jetzt eingetroffen. Also eine Gefahr für diese Verhandlungen ist durch die Reden des Abg. Adermann nicht herbeigeführt. Die Interpretation der Thronrede Seitens des Abg. Braun halte ich ebenfalls nicht für richtig, glaube aber, daß hier nicht der Ort ist zu derartigen Erörterungen. Ich beantrage, daß das Gesetz nicht an eine Commission von 21 Mitgliedern, sondern von 14 Mitgliedern zu verweisen, da es nicht so sehr Viele sind, welche sich für diese Angelegenheit interessieren. (Rufe: Oho!)

Abg. Richter (Hagen): Ich bin Freihändler und Gegner dieses Patent-Gesetzes; der Abg. Braun ist Freihändler und für das Patentgesetz. Beide Richtungen sind also — von dem unklaren Begriff Manchester-Schule sehr ich ganz ab — durchaus nicht identisch. Auch ich will den Erfünder belohnen, bestreite aber, daß das Patent ihm diesen Lohn giebt und sein Werth im Verhältniß zu den dadurch verursachten Beschränkungen des Marktes steht. Solche Zweitmäßigkeitfrage hat mit dem Prinzip, Freihandel oder Schutz, nichts gemein. Wer das Gegenteil behauptet, hat entweder die Freihandelsfrage oder die Patentsfrage noch nicht begriffen. Auch für Muster- und Markenschutzgesetz war man sehr begeistert, bis jetzt aber sind, wenigstens durch den Markenschutz, nur die Prozesse vermehrt worden. Die Erwartungen der Industrie haben sich nicht erfüllt. Heute ist Selbstbewußtsein der Schuhgönnner am wenigsten angebracht, weil gerade gestern Abend die amtliche Statistik constatirt hat, daß die Einfuhr der vom Zoll befreiten Eisenarten in diesem Monat noch nicht die Ausfuhr aus Deutschland in denselben Sorten erreicht hat. Die Einfuhr beträgt 416,000 Cr., die Ausfuhr mehr als 500,000 Cr. Dabei ist der erste Monat nach der Zollauflistung naturgemäß für die Einfuhr der günstigste. An ganz groben Eisenwaren, auf welche das Ausgleichungs-Abgabegesetz zugespielt war, sind sogar nur 27,000 Cr. eingeführt. Jenes Gesetz würde also in dieser Beziehung nur einen finanziellen Effect von 200,000 M. jährlich gebracht haben. Statt hiernach in der Vertretung der bisherigen Richtung vorzüglicher zu sein, sucht man dieselbe schärfer zum Ausdruck zu bringen. Das ist doppelt ungerechtfertigt in einer Materie, wohin die Frage gar nicht gehört. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Gegen die vom Abg. Richter angeführten statistischen Zahlen möchte ich auf die Unzulänglichkeit unserer Statistik nach Aufhebung der Zölle hinweisen. Wir haben nicht wie in England Controlabgaben. Was durch Eisenbahnen eingeführt wird, können wir allenfalls kontrollieren, die Einfuhr zur See aber nicht. Die Zahlen des Abg. Richter haben also gar keinen Werth. Ich will auf die Freihandelsfrage nicht weiter eingehen, da sie hängt mit dem Patentgesetz an sich nicht zusammen. Der Abg. Richter hat auf die schwachen Erfolge des Markenschutzgesetzes hingewiesen; ich muß bei der kurzen Zeit, welche seit Emanation des Gesetzes verflossen ist, diesen Schluss für gewagt halten. Der Abg. Richter, der sich einen Gegner des Patentgesetzes nennt, wird nicht leugnen können, daß das Erfindungswesen in England, Amerika, Frankreich, den Ländern mit starkerer Patentgezegung, besser steht als bisher in Deutschland. Namentlich in Amerika ist es sehr häufig, daß einzelne einfache Arbeiter in der bestimmten Industriebranche, in der sie beschäftigt sind, eine sinnreiche Erfindung machen, die es ermöglicht, das Fabrikat billiger herzustellen als das bisher geschaffene konnte. Macht heute bei uns ein Arbeiter eine solche Erfindung, so ist diese für ihn bei unserer heutigen Patentgezegung so gut wie wertlos. In Amerika ist er mit einer solchen Erfindung mit einem Schlag über die Roth des Lebens hinweggehen. (Widerspruch. Rufe links: Noch lange nicht!) Das aber hat einen höchst sittlichen Einfluß auf den gesamten Arbeiterstand

und dieser sittliche Einfluß macht sich eben in Amerika, nach allen Berichten, die wir von dort haben, in höchstem Maße geltend und darin scheidet eben einen Hauptvortheil jeder gerechten und strengen Patentgezegung, wie sie der jetzt uns vorliegende Entwurf anstrebt. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Meine Zahlen sind amtlich. Um die Controversie Freihandel und Schutzoll auf Bissern zurückzuführen, ist die amtliche Monatsstatistik gestern zuerst erschienen. Es gibt einen Maßstab für den Wert des Kardorffschen Standpunktes, daß dasselbe Zahlenkritik nicht ertragen kann. Die Einfuhr wird bei uns ganz genau kontrolliert, nur die Angaben über die Ausfuhr sind, wie das statistische Amt selbst bemerkt, unvollständig und geben daher nur das Minimum an. In Wirklichkeit gestaltet sich daher das Verhältnis viel günstiger. (Sehr richtig! links.)

Schlus 3 Uhr. Die nächste Sitzung beabsichtigt der Präsident auf Dienstag anzusehen, erwähnt aber zugleich, daß der Wunsch vielfach geäußert worden sei, den Donnerstagtag dafür zu wählen. Abg. Hanel tritt diesem Wunsche bei, indem er der im Hause herrschenden Mühseligkeit darüber Ausdruck giebt, daß der Reichstag thatsächlich um 10 Tage zu früh einberufen worden ist, da der Reichshaushalt nach einer ausdrücklichen Erklärung des Präsidenten v. Jordan erstens am 5. März in den Händen der Mitglieder sein werde. Er erläutert darin eine von den verbündeten Regierungen gegen den Reichstag und seine Mitglieder begangene schwere Rückstößigung, ganz abgesehen davon, daß die gesetzliche Feststellung des Reichshaushaltsgesetzes bis zum 1. April dadurch sehr zweifelhaft geworden sei.

Präsident Hofmann: Die Verzögerung der Vorlage des Etats hat ihren wesentlichen Grund darin, daß in der Zeit, in welcher die Vorarbeiten für den Jahresetat hätten fertig gemacht werden sollen, die dabei beteiligten Kräfte durch die Feststellung des Quartaletales für das laufende Jahr in Anspruch genommen worden sind. Es ist bisher noch nicht vorgekommen, daß zwei Etats so rasch hintereinander im Hause berathen werden müssten und es blieb für die Feststellung des Entwurfs des Jahresetats nur die kurze Zeit zwischen dem Schluß der letzten Session und der gegenwärtigen. In dieser Zeit ist mit der äußersten Anstrengung aller Kräfte daran gearbeitet worden, den Etat soweit zu gestalten, daß man mit Sicherheit seine Einbringung in das Haus sofort bei der Gründung des Reichstages in Aussicht nehmen konnte. Bis auf den Militäretat ist auch diese Voraussicht eingetroffen, daß der letztere dem Hause noch nicht zugegangen, ist insbesondere der Verzögerung zuzuschreiben, die der Druck des sehr umfangreichen Militäretats veranlaßt hat. Ein Hinweischen der Gründung des Reichstages aber war nach der Lage der Dinge nicht gut thunlich; es ist ja auch vom Hause selbst mehrfach der Wunsch ausgesprochen worden, es möge die Beurteilung des Reichstages möglich frühzeitig erfolgen. Das sind die Gründe, weshalb die Reichsregierung glaubt, mit einiger Nachsicht in dieser Beziehung Seitens des Hauses sich beurtheilt zu sehen. Ich kann im Übrigen der festen Zuversicht Ausdruck geben, daß in Zukunft in Folge der Verlegung des Etatsjahrs Schwierigkeiten, wie sie diesmal eingetreten sind, nicht wieder vorkommen werden und verspreche auf das Bestimmteste, daß beim Wiederaufzetteln des Reichstages der Etat in allen seinen Theilen fix und fertig hergestellt sein wird.

Abg. Lucius (Erfurt): Ich begreife sehr wohl die Schwierigkeit, die sich der Fertigstellung des diesjährigen Etats entgegenstellen, die richtige Consequenz davon aber wäre eben eine um

Residenten Dr. Krüger. Um 12 Uhr nahm Höchstderselbe den Vortrag des Geheimen Ober-Regierungs-Raths und vortragenden Raths im Cultusministerium Dr. Schöne entgegen.

Abends 9½ begaben sich Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten die Kronprinzlichen Herrschaften zur Soirée bei Ihren Majestäten. (Reichsanz.)

○ Berlin, 2. März. [Maybach. — Der Sitz des Reichsgerichts. — Die Versöhnungsscene im Abgeordnetenhaus.] Die Veränderung in der Stellung des bisherigen Präsidenten

des Reichs-Eisenbahnamtes wird in der Presse vielfach auf Differenzen mit dem Reichskanzler zurückgeführt. Dagegen ist zu bemerken, daß für jeden der Verhältnisse halbwegs Kundigen diese Auffassung sich sofort als falsch darstellt. Denn es liegt auf der Hand, daß wenn Differenzen mit dem Kanzler vorhanden wären, Herr Maybach gewiß nicht in den zur Zeit so überaus wichtigen Posten im Handelsministerium eingerückt wäre, einen Posten, dessen Bedeutung der Reichskanzler selber noch vor Kurzem hervorgehoben hat. Außerdem liegt in jener Annahme eine Mißkennung der Art und Weise, wie solche Personalien innerhalb der Regierung behandelt werden. Die neue Ernennung kann nur im vollen Einverständniß mit dem Reichskanzler erfolgt sein. Alles weist vielmehr darauf hin, daß der Reichskanzler selber die Verwendung der bedeutenden Kraft Maybach's gerade jetzt innerhalb des Handelsministeriums und speciell in der preußischen Eisenbahn-Verwaltung für wünschenswerth hält. — Die Entscheidung über den Sitz des Reichsgerichts, welche der Bundesrat getroffen hat, wird mit zu viel politischem Pathos behandelt, wie es in der amtlichen Behandlung der Sache keineswegs obgewaltet hat. Der Vorschlag, den Sitz nach Berlin zu legen, war vom Reichsjustizamt ausgegangen, und dieses hatte die Frage augenscheinlich nur vom Standpunkte der geschäftlichen Zweckmäßigkeit aufgefaßt und so auch motivirt.

Was die Behandlung im Bundesrath betrifft, so liegt kein Zeichen vor, daß Preußen der Angelegenheit habe einen politischen Charakter geben oder gar die Frage der Hegemonie dabei betonen wollen. Es kann deshalb auch von einer politischen Niederlage nicht die Rede sein. Man muß zugeben, daß bisher nicht das Geringste verlautet hat, woraus zu schließen wäre, daß Preußen durch Anwendung irgend eines politischen Druckes den Vorschlag des Reichs-Justiz-Amtes habe zur Annahme bringen wollen. Vielmehr hat die Haltung Preußens im Bundesrath den sachlichen Gesichtspunkten von der einen, wie von der anderen Seite in völlig unbesangener Weise Raum gelassen. Der weitere Verlauf der Sache hängt übrigens zunächst von der Entschließung des Reichstages ab. — Es ist sehr auffallend, daß die „Germania“ in ihrer gestrigen Abendnummer noch keine Silbe über die vorgestriges Versöhnungsscene im Abgeordnetenhouse bringt. Dieses Schweigen läßt sich doch kaum anders deuten, als daß das Vorgehen Cremer's ein ganz individuelles gewesen ist, denn wenn es auf der gemeinsamen Ansicht der Partei beruhte, so könnte doch das leitende Organ der Partei nicht stillschweigend über die Sache hinweggehen. Sollte auch vielleicht nachträglich das Schweigen gebrochen werden, so wird man doch immer auf die Vermuthung geführt, daß das Vorgehen überraschend gekommen ist und innerhalb der Fraktion erhebliche Versprechungen erforderlich gewesen sind, um zu dem Resultat der Sitzung Stellung zu nehmen.

W.T.B. [Das Abgeordnetenhaus] erledigte in der Abend-
sitzung eine weitere Reihe von Petitionen ohne allgemeines Interesse,
nahm den Antrag Löwenstein's an, auf Vorlegung der Entschlüsse
der Regierung auf die Anträge und Resolutionen des Abgeordneten-
hauses von 1876. Ein Schreiben Camphausen's ladet das Haus
morgen $2\frac{1}{2}$ Uhr zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Herrenhause
ein, behufs Entgegennahme einer königlichen Botschaft. Morgen um
10 Uhr ist nochmals Sitzung für Wahlprüfungen.

[Die vereinigten Fraktionen der Fortschrittspartei im Reichstag und Abgeordnetenhaus berichten gestern Abend über die Organisation ihrer Partei. Seitens süddeutscher Mitglieder wurde die Aufstellung eines neuen Programms verlangt, mit scharfer Betonung der Aufrechthaltung und Schonung der einzelnen Bundesstaaten unter Hinweis, daß Fürst Bismarck auf den Einheitsstaat lossteuere, wogegen kräftige Verwahrung einzulegen sei. Es wurde eine Commission zur Ausarbeitung eines Programms niedergesetzt und eine allgemeine Delegirten-Versammlung für diesen Sommer in Aussicht genommen.

[Vor dem Reichsgericht zu Leipzig] ereignete sich in voriger Woche der gewiß seltene Fall, daß zwei Mitglieder des Deutschen Reichstages in einer bedeutenden Prozeßsache, welche dort in der Nichtigkeits-Instanz verhandelt wurde, gegen einander plaidirten. Für den Kläger trat der Abg. Rechtsanwalt Schröder (Lippstadt) auf, weil selbst an dem über 20,000 Mark betragenden Objet des Prozesses betheiligt; — für den Verklagten der Abg. Justiz-Rath Braun als bevollmächtigter Anwalt. Wie man hört, ist die Sache zu Gunsten des Klägers und zwar unter Vernichtung des Vorerkenntnisses (Appellgericht Breslau) — endgültig entschieden.

[Sr. Majestät Kanonenboot „Meteor“] ist, telegraphischer Nachricht zufolge, am 1. d. M. Morgens vor Konstantinopel eingetroffen und Sr. Majestät Kanonenboot „Pommernia“ am Abend desselben Tages nach Kavala in der Bucht von Lemnos eingetroffen.

Altona, 2. März. [Nachwahl.] Nach dem nunmehr vollständig ermittelten Wahlresultate hat Karsten 14,237, Hartmann 12,803 Stimmen erhalten, somit ist Karsten zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Provinzial - Zeitung.

—d. Breslau, 2. März. [Bezirksverein der Schweidnitzer Vorstadt.] Die zahlreich besuchte Versammlung vom 1. d. M. eröffnete der Vorsitzende, Stadtverordneter Kempner, mit der Mittheilung eines Schreibens des Bezirksvereins der Orlauer Vorstadt, wonach sämtliche Bezirksvereine in eine gemeinsame Agitation behufs Vermehrung der Polizeikräfte eintreten sollen. Die Beantwortung des Schreibens wird dem Vorstande überlassen. — Auf Veranlassung eines in der letzten Versammlung gestellten Antrages, in Verbindung mit den übrigen Bezirksvereinen eine Massenpetition an den Magistrat gegen eine Steuererhöhung zu richten, war eine Commission gewählt worden, welche sich zunächst mit der Prüfung des Stadthaushalts-Stat besessen sollte. Im Auftrage dieser Commission gab nun Dr. med. Th. Rörner ein übersichtliches und klares Bild über den Stat. Mehrausgaben gegen voriges Jahr ergaben sich bei den Lehrerbefoldungen um 88,000 M., bei den Besoldungen der städtischen Beamten um 32,000 M., beim städt. Schulesen um 21,000 M., bei der Markstall-Bewaltung um 20,000 M., bei der Bauverwaltung um 65,000 M. Geringere Einnahmen sind in 2 Stats zu verzeichnen und zwar bei der Bewaltung der Schulden um 50.—

Einnahmeposten ist gegen voriges Jahr mehr ausgeworfen, im Wasserzins (zum alten Preise) 15,000 M. und bei den allgemeinen Steuern 5,000 M. Wie die im Stadthaushalts-Etat fehlenden 370,000 M., verhindert werden können, kann nicht Sache der Berathung der Versammlung sein, sondern erfordert die genaueste und sorgfamste Prüfung der einzelnen Etats, wie sie nur von den verschiedenen Commissionen der Stadtverordneten-Versammlung vorgenommen werden kann. Magistrat hat bekanntlich eine neue Einnahme-Duellen aufgesucht: die Erhöhung des Wasserzinses und die Vermehrung der directen Steuern um 2 Simpla. Die hieraus über die Deckung eines Defizits sich zu ergebenden Mehreinnahmen von 140,000 M. glaubt Magistrat zur Stärkung des Bestandsgelderonds nötig zu haben. Empfehlung sich nicht, daß der Verein einen bestimmten Beschluss fasse, wo er nicht wissen kann, wie groß die Abstriche seitens der Commissionen seien werden. Dr. (Redner) möchte nur den Stadtverordneten den Wunsch aussprechen, dahin zu streben, daß der Wasserzins nicht erhöht werde, da ohne bei Anlage von Closets und durch den damit verbundenen größeren Wasserverbrauch diese Steuer sich erhöhe. In ärmeren Häusern wiederum würde die Erhöhung des Wasserzinses nur dazu führen, daß viele Wirtschaftsleitungen nur zu bestimmten Stunden offen halten würden. Der Redner wird für seinen Vortrag der Dank der Versammlung durch Ergebenheit von den Plänen ausgesprochen. Es folgt eine längere Debatte. Herr Leibnitz im Interesse der ärmeren Bevölkerung, daß keine Vermehrung der directen Steuern eintrete. Stadtv. Simson führt aus, daß für gewisse Institute ganz besondere Liebhaberei vorhanden sei. So könne es z. B. nicht erreicht werden, daß der städtische Bauhof, der gegenwärtig keinen Zweck habe und nur Ausgaben verursache, aufgehoben werde. Die Einnahmen der Kämmerei-Güter und Forsten sind nicht nennenswerth. Ein Antrag auf Verkauf dieser Güter, der über 1 Million bringen würde, war bisher nicht durchzubringen. Heute sei freilich nicht der geeignete Zeitpunkt für einen Verkauf. Nach der weiteren Debatte, an der sich Stadtv. Kempner, Stadtv. Wehlau, Dr. Körner, Stadtv. Cohen beteiligt, wird beschlossen, von einer bestimmten Beschlusshafung so lange zu abstrahiren, bis bekannt sein wird, wie hoch die Abstriche am Stadthaushalts-Etat seien werden. — Zum Schluß der Versammlung wird beschlossen, im Laufe des Monats März das 10jährige Bestehen des Vereins feierlich zu begehen. Eine Commission werden die nötigen Vorbereitungen übertragen.

—d. Breslau, 2. März. [Breslauer Volksbank, eingetragen
in den öffentlichen Büchern der Stadt Breslau.] Unter Leitung des Vorsitzenden des Verwaltungsrathes
des Kaufmanns Gröger, fand gestern Abend die Jahres-Generalversammlung
im Saale des Vincenzbaus statt. Von Vereinsklassirer, Kaufmann Scholz
wurde zunächst der Jahresbericht pro 1876 vorgetragen. Die Zahl der
Mitglieder beträgt 823, welche ein Guthaben von 160,542 M. 50 Pf. beitragen.
Die Spareinlagen belaufen sich auf 777,852 M. 37 Pf. An Vorschüsse
auf Wechsel und Lombard blieben Außenstände 960,757 M. 85 Pf. Das
Effekten-Conto weist einen Bestand von 14,107 M. 10 Pf. das Utensilien-
Conto von 1550 M. nach. Der Reservefonds beläuft sich auf 10,070 M. 70 Pf.
Im Lombard-Conto blieben außenstehen 10,500 M. Die Verwaltungskosten
betragen 5582 M. 5 Pf. Die reine Zinsentnahme beträgt 17,343 M.
Dieselbe wird auf Beschluss der Versammlung in folgender Weise vertheilt:
1,218 M. als 8prozentige Dividende auf 140,225 M. dividendenberechtigte
Mitgliederguthaben, 2300 Mark zum Reservefonds, 150 Mark zur Auf-
schreibung auf Utensilien, 2100 M. für den Vorstand nach § 16 des Statutis
50 M. für den Verwaltungsrath und 75 Mark zu einem wohltätig-
en Zweck. Die Activa und Passiva begleichen sich in Höhe von 983,645 M.
8 Pf., Einnahme und Ausgabe in Höhe von 2,287,403 M. 2 Pf., so dass
also der Totalumsatz 4,574,807 M. 84 Pf. beträgt. — Auf Grund der statu-
tären Revisions, welche Kasse und Bücher in bester Ordnung gefun-
den haben, wird dem Vorstande Decharge ertheilt. — An Stelle eines aus-
cheidenden Verwaltungsraths-Mitgliedes wird Rector Niedel gewählt. —
Schließlich werden Vorstand und Verwaltungsrath ermächtigt, auf ein Grun-
stück mit zu bieten, um eine hypothekarische Forderung sicher zu stellen.

A. F. Breslau, *z. Wars.* [Handwerkerverein]. In der jüngste Familiengesellschaft sprach Herr Dr. Bruch, Director des statistischen Bureau's über Gemeindesteuern. — Nach beendetem Vortrag forderte Herr Bildhauer in einer die Folgebändern. Mit einem solchen Schluß wurde die Sitzung abgebrochen.

indner die selbstständigen Meister und Gesellen des Vereins zum Beitreter einer Commission auf, welche sich laut Beschluss der jüngsten combinirten Vorstands- und Repräsentanten-Versammlung gebildet, um einer Circularanforderung des Centralgewerbevereins entsprechend, sich mit den Beschlüssen des jüngsten schlesischen Gewerbetages zu beschäftigen und alsdann dem Auskunft des genannten Vereins gegenüber zu äußern. — Ein sehr jugendlicher Schüler des Vereinsgefangslehrers Herrn Busse, bot den Anwesenden durch einen fingerfertigen Vortrag einiger Clavierstücke eine angenehme Unterhaltung.

[Notizen aus der Provinz.] * Königshütte. Die biefige Zeitung meldet: Eine Arbeitersfrau, die schwerkrank am Typhus darniederlag, sollte sie zu Hause jeder Pflege entbehrt, nach dem Krankenhaus gebracht werden, und ging der Mann aus, um ein Fuhrwerk zu bestellen. Während die Kranke ohne Rücksicht war, sprang sie im Fieberwahn aus dem Bett und stürzte sich in den auf dem Hof befindlichen Brunnen. Als der Mann mit dem Fuhrwerk ankam, waren schon einige auf das Geschrei der Kinder herbeigeeilte Personen damit beschäftigt, die Leiche der Unglücklichen aus dem Brunnen zu ziehen.

+ Dels. Die biefige „Locomotive“ meldet unterm 2. März: In ver-

+ Ders. Die heutige „Comédie“ meint unter 2. Ausz. In ver-
langener Nacht gegen 12 Uhr brachten zwei hiesige Gendarmen drei in Ge-
fangenhoft Märtir hier ein, welche am Donnerstag Abend voriger Woch-
en Encontro mit zwei Jägern hatten, wobei der eine der Letzteren in
einem Grabscheit einen Hieb über den Kopf erhielt, der des Verwundeten
so herbeiführte. Die Mühe des Körner, sowie das Grabscheit, mit welchen
die That verübt wurde, brachten die beiden zur Bewachung beigegebene
Transporteure mit; das Grabscheit war jedenfalls von vielen Handtieren in
seinem Boden ziemlich scharf und scheint wohl im Stande, mit einer
faßtigen Hiebe eine tödliche Verlezung beizubringen. Die Verhafteten
welche übrigens die That bald eingestanden haben sollen, sind noch in jungen
ahren und ist namentlich der am meisten Beteiligte ein kleiner unausgebildeter
Mensch. Heute Vormittag findet die Section das Vorsitz statt, der

Steinau a. d. O. Das hies. „Kreisbl.“ berichtet unterm 2. März wie für gestern anberaumte Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins war recht zahlreich besucht und in höchst erfreulicher Weise besonders der Kleinrundbezirk gut vertreten. Den Vorzug führte das bisherige Vorstandsmitglied Rittergutsbesitzer Herr v. Löper-Georgendorf. Derselbe schilderte mit leidenschaftlichen Worten die bisherige Thätigkeit des Kreisvereins und sprach zu gleich die Hoffnung aus, daß durch den Beitritt recht vieler Kreisinsassen und durch recht fleißigen Besuch der Sitzungen, dieser Verein neues Leben gewinnen und gefräßtigt werden werde. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte demnach die Entgegennahme der Anmeldungen resp. Beiträgererklärungen und können wir in ebenso erfreulicher Weise berichten, daß bereits in gestrigener Sitzung 37 neue Mitglieder angemeldet wurden. Hierauf wählte die Versammlung eine aus 8 Personen bestehende Commission, Hrn. v. Löper-Georgendorf, Hrn. Engelman-Przybor, Hrn. Graf v. Schmettow-Dammisch, Hrn. Deconomie-Kommissions-Rath Müllendorff-Steinau, Herrn Gutsbesitzer Flötert-Breitbach, Herrn Gutsbesitzer Schmidt-Bronzendorf, Herrn Gutsbesitzer Jänisch-Geißendorf und Herrn Inspector Biegler-Lamperndorf, welchen Herren die Revision der Statuten &c. obliegt und welche hierüber in nächster Sitzung berichtet werden. Nachstdem beschließt die Versammlung die Bekündung der Sitzung des Centralvereins, in welcher sehr wichtige Fragen zur Erledigung kommen werden und nahm Hr. v. Löper die auf ihn gefallene Wahl als Abgeordneten an, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 2. März. Die gestern schon zum Durchbruch gelangte feststimmung übertrug sich auch auf den heutigen Verkehr, indeß hatte diese Regsamkeit wesentlich eingebüßt. Daher blieben denn auch die Courvariationen fast durchgängig ohne jede Bedeutung. Die inneren Verhältnisse des Geldmarktes und des Börsengeschäfts haben sich in der jüngsten Zeit durchaus nicht geändert und so kann dem Verlehrte von dieser Sache ebenso wenig Auseinandersetzung kommen, wie aus der augenblicklichen politischen Situation. Es ist die natürliche Folge, daß die Börse nach glücklich beendigter Ultimoregulirung in eine mehr oder minder scharf ausgeprägte Stagnation verfällt, da man nur zögernd in neue geschäftliche Unternehmungen eintritt, und das Urtheil über die etwa einzuschlagende Rückwendung der Engagements sich von vornherein nur höchst unsicher zu erkennen giebt. In Bezug auf die internationalen Speculationspapiere beruhieren wir, daß Österreichische Staatsbahn-Aktien anfangen eine Schwundkurze Festigkeit zu machen. Man versucht sich nicht mehr der Ermittlung, daß die neulich erwähnte Broschüre lediglich zu dem Zweck

gegeben war. Fast im vollkommen unveränderten Niveau hielten sich die österreichischen Nebenbahnen. Galizier zogen indeß etwas an. Sehr still waren ebenfalls die localen Speculationspapiere, von denen nur Dortmund-Union eine stetere Physiognomie trugen. Disconto-Commandit 105,10, ult. 104,75—104,25, Laurahütte 65,25, ult 65,50—65. Die auswürtigen Staatsanleihen konnten die gestrigen Course nicht voll behaupten, trotzdem blieb der Verkehr fast ganz belanglos. Nur Papierrente zeigte sich etwas lebhafter. Russische Prämiens-Anleihe besser, fundierte Anleihe schwach. Fünfprozentige Anleihe per ult. 82,60—82,50. Preuß. und andere deutsche Staatspapiere sehr still, aber meist fest. Einheimische Eisenbahnprioritäten recht fest, auch etwas lebhafter. Oesterr. Prioritäten rubig. Staatsbahn 3 pCt. vernachlässigt, nur Galizische, Rudolfsbahn und Nordwestbahn gefragt. Auf dem Eisenbahnenmarkt blieb der Verkehrsumfang nur sehr klein, Halberstädter sehr lebhaft zu höherem Course gefragt. Oberschlesische Eisenbahn begehr. Stettiner anziehend, Anhalter dagegen wiederum niedriger. Leichte Bahnen meist geschäftlos. Halle-Gubener Stamm-Prioritäts-Aktionen, Berlin-Dresden, dagegen schwächer. Varianten waren nicht unbelebt und ziemlich fest. Börsen-Handelsb. ging zu höherer Notiz um. Berliner Handelsgesellschaft wurde nicht unwe sentlich höher genommen. Essener Creditbank und Centralbank für Industrie steigend und in gutem Verkehr. Deutsche Bank belebt und höher. Posener Spritbank zu besserem Course begehr. Norddeutsche Grundcredit und Meiningen bei lebhaftem Geschäft im Course anziehend. Spritbank Wrede beliebt. Braunschweiger und Hannoversche Bank gedrückt. Mecklenburgische Hypothekenbank matt. Weimarerische Bank zu weichendem Course angeboten. Industriepapiere sehr still, meist sogar ganz geschäftlos. Omnibus steigend. Landré zog im Course an. Große Pferdebahn matt. Dessauer Gas niedriger. Oberösterreichischer Eisenbahnbedarf in mäßigem Begehr. Montanwerthe durchweg besser. Hibernia besser. Bochumer A. und B., Gelsenkirchen, Bergisch-Märkisches und Märkisch-Westfälisches Bergwerk höher. Arenberger anziehend. Commerner lebhaft.

Um 2½ Uhr: Zeit, namenlich Bahnen. Credit 246, Lombarden 130, Franzosen 376, Reichsbank 156,80, Disconto-Commandit 105,50, Laurahütte 65, Türken 12,30, Italiener 72, Oesterr. Goldrente 60,50 Od., Silberrente 55,30, Papierrente 51,35, 5pCt. Russen 82,60, Köln-Mindener 96,25, Rhein-

Kopenhagen, 2. März. Die Nationalbank setzt von morgen ab den Discont auf $4-4\frac{1}{2}\%$, den Lombarddiscont auf 4 v.C. herab.

Frankfurt a. M., 2. März. [Die deutsche Handelsgesellschaft] verheiilt der „Deutschen Reichspost“ zufolge $6\frac{1}{2}$ p.Ct. Dividende. Außerdem ergiebt sich ein Reingewinn von 425,000 M. aus dem Rückkauf der Actien.

Berlin, 1. März. [Versicherungs-Gesellschaften.] (Der Cours versteht sich in Mark per Stück franco Zinsen, die Dividendenangaben in Prozenten des Vaareinschusses.)

Name der Gesellschaft.	Dtb. pr. 1875.	Dtb. pr. 1876.	Appointis a	Einzählung.	Cours.
Aachen-Münchener Feuer-Vers.-G.	65	—	1000 fl	20%	8210 G.
Aachener Rückversich.-Ges.	45	—	400 "	"	1920 G.
Berl. Land- u. Wassertransp.-V.-G.	25	—	500 "	"	690 G.
Berl. Feuer-Versich.-Anstalt	30	28	1000 "	"	1950 G.
Berl. Hagel-Assicuranz-Ges.	16½ $\frac{1}{2}$ 22½	—	1000 "	"	624 B.
Berl. Lebens-Versich.-Ges.	24½	—	1000 "	"	2115 G.
Colonia, Feuer-Versich.-G. zu Köln	55	—	1000 "	"	6350 B.
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	16	—	1000 "	"	1925 G.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	8	—	1000 "	"	650 B.
Deutsche Transport-Versich.-Ges.	12½	—	1000 "	"	825 B.
Dresdener allg. Transport-V.-Ges.	50	—	1000 "	10%	1250 B.
Düsseldorf allg. Transport-V.-G.	48	—	1000 "	"	1350 B.
Elberfelder Feuer-Versich.-Ges.	37½	—	1000 "	20%	3500 G.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	12	—	1000 "	"	900 G.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	10	—	500 "	"	461 G.
Gladbacher Feuer-Versich.-Ges.	13½	15	1000 "	"	1650 G.
Kölnische Hagel-Versich.-Ges.	3¾	—	500 "	"	280 B.
Kölnische Rückversich.-Ges.	11½	—	500 "	"	395 G.
Leipziger Feuer-Versich.-Ges.	96	—	1000 "	"	7850 G.
Magdeburger Allg. Versich.-Ges.	6	—	100 "	voll	285 B.
Magdeburger Feuer-Ver.-Ges.	30½	19½	1000 "	20%	2250 G.
Magdeburger Hagel-Versich.-Ges.	0	11½	500 "	20%	274 B.
Magdeburger Lebens-Versich.-Ges.	9	—	500 "	"	297 B.
Magdeburger Rückversich.-Ges.	11½	9½	100 "	voll	—
Meddl. Leb.-Versich.-u. Sparbank "Nationale", Lebens-Versich.-Ges. zu Berlin (6% Oblig.)	7	7	200 "	"	—
Niederrh. Güter-Assoc.-G. zu Düsseldorf	36	—	500 "	10%	700 G.
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	8	—	1000 "	20%	756 G.
Oldenburger Versich.-Ges.	5	—	500 "	"	—
Preuß. Hagel-Versich.-Ges.	13	17	500 "	"	295 B.
Preuß. Lebens-Versich.-Ges.	6	—	500 "	"	270 B.
Preuß. National-V.-G. zu Stettin	18	24	400 "	25%	748 G.
Providentia, V.-G. zu Frankf. a. M.	17½	—	1000 fl	10%	580 B.
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	18	—	1000 fl	"	500 G.
Rheinisch-Westfäl. Rückversich.-Ges.	14	—	500 "	"	210 G.
Sächsische Rückversich.-Ges.	50	—	500 "	5%	230 B.
Schlesische Feuer-Versich.-Ges.	20	—	1000 u. 500	20%	725 B.
Thuringia, Versich.-G. zu Erfurt- Union, allg. deutscher Hagel-Versich.- Ges. in Weimar	5	—	1000 "	"	1100 G.
Victoria zu Berlin, Allgem. Vers.- Aktien-Ges.	6	15	500 "	"	327 B.
	25	—	1000 "	"	1660 G.

[„Ein wenig Licht über die Staatsbahn.“] Unter dieser Etiquette ist eben in Paris eine Broschüre verausgabt worden, welche bemüht ist, Gegenwart und Zukunft der Österreichischen Staatsseefahrt-Gesellschaft in möglichst düsterem Lichte erscheinen zu lassen. Die Broschüre wendet sich vorerst gegen Herrn Isac Pereire und dessen Neuerung, daß Alles falsch sei, was von der Staatsbahnactie bisher behauptet wurde, als: daß das Betriebsjahr 1876 nur beiläufig 14 Francs statt der ausbezahlten 25 Francs Dividende gebracht und daß die Einnahmen des Jahres 1877 durchschnittlich nur 500,000 fl. in Papier per Woche ergeben und daß die Gesellschaft ihren Actionären für das Betriebsjahr 1877 nichts werde bieten können, da die Prioritäten und Steuern das ganze Reinertragñis absorbiren dürften. Die Staatsbahnactie habe bis jetzt nur, wie so viele andere Unternehmungen, der Agiotage gedient und während das Nominalcapital heute eine Milliarde und 40,243,000 Fr. beträgt, habe die Reineinnahme im Jahre 1873 33,62 Mill. Gulden und im Jahre 1876 gar nur 30,96 Mill. Gulden betragen. Die Broschüre verweist dann auf die Concurrenz, welche der Staatsbahn in ihrem südöstlichen (ungarischen) und nördlichen Verkehr erwachsen ist und gelangt zu dem Schluß, daß, um die fixe Verzinsung von 5 Prozent für die 531,000 Actien zu zahlen, dem außerordentlichen Reservefond 5,61 Mill. Gulden in Papier entnommen werden müssen, während derselbe nur 2,31 Mill. Gulden beträgt. Die Pointe der Broschüre ist: Die Staatsbahnactie kann eventuell so viel werth werden als die Südbahnactie.

Wösen, 1. März. [Börsenbericht von Levin Berwin Söhne.]
Wetier: Kalt. — Roggen: Fest. Kündigungspreis — M. per März 161 Br., per Frühjahr 161 Br. — Spiritus: Flau. Gef. 75,000 Liter. Kündigungspreis — M. per März 52 Gd., per April 53,20 bez., per April-Mai 53,70, per Mai 54,10 bez., per Juni 55 Gd., per Juli 55,80 Br. — Loco Spiritus

Hennings 2 März Der Hamburger Postdampfer "Hammonia" ist gestern

Steinbott, 2. Platz. Der Hamburger Probierumphel „Hammonia“ ist gewinn hier eingetroffen.

März 2. 3.	Nachm. 2 II.	Abends 10 II.	Morg. 6 II.
Aufstwärme	- 3°,3	- 7°,7	- 11°,1
Luftdruck bei 0°	335°,13	336°,10	336°,61
Dunstdruck	1°,31	0°,89	0°,39

Dunstättigung	89 v.C.	93 v.C.	64 p.C.
Wind	N.W. 2.	N. 1.	NO. 1.
Wetter	bedeut.	ziemlich heiter.	trübe, Nebel.

Berliner Börse vom 2. März 1877.

Fonds- und Geld-Courses.

	Wechsel-Course.					
Cancellirte Anleihe.	104,10 bz	Amsterdam 100 Pf.	8 T. 3	169,65 bz		
do. do. 1876	95,50 bz	do. do.	2 M. 3	169,10 bz		
Staats-Anleihe.	95,70 bz	London 1 Lstr.	3 M. 2	20,375 bz		
Staats-Schuldcheine.	92,25 bz	Pairs 100 Frs.	8 T. 3	81,40 bz		
Präm.-Anleihe v. 1855	145 bzG	Petersburg 100 SR.	3 M. 2	248,60 bz		
Berliner Stadt-Oblig.	102,20 bz	Warschan 100 SR.	8 T. 6	252,00 bz		
Berliner.	102 bz	Wien 100 FL.	8 T. 4½	184,35 bz		
Pommersche.	82,90 B	do. de.	2 M. 4½	163,28 bz		
do.	94,25 bz					
do. do. Lndsch.Crd.	101,70 bz					
Posenische neue.	—					
Schlesische.	94,40 bz					
Landschafts-Cent.	95,40 bzB					
Kur. u. Neumärk.	95,50 bz					
Pommersche.	95,50 B					
Preussische.	94,40 bz					
Westfäl. u. Rhin.	95,30 bz					
Sächsische.	95,75 bz					
Schlesische.	96 B					
Badische Präm.-Anl.	121,50 bzG					
Habs. 4% Anleihe.	121,25 G					
OÖn-Mind.-Prämlisch.	109,50 bzG					
Sachsen, Rente von 1876	71,75 bz					
Kurb. 40 Thaler-Loose	251 bzG					
Badische 35 FL-Loose	137 bz					
Braunschw. Präm.-Anleihe	84,50 B					
Oldenburger Loose 138 B						
Ducaton 9,65 B	[Fremd. Bkn. —					
Sever. 20,37 G	einl. Leip. —					
Maspoleon 16,26 bz	Oest. Bkn. 164,60 bz					
Imperials —	do. Silberg. 183 bzG					
Dollars 4,185 G	Russ. Bkn. 252,90 bz					

Hypothen-Certificata.

	Eisenbahn-Stamm-Aktion.					
Krupp'sche Partial-Obl.	104,60 bz	Divid. pro	175	1876	Zf.	
Unkb. Pfz. d.Pry. E.	99,25 bzG		4	21,40 bzB		
do. do.	101 bz		4	76,60 bz		
Deutsch. Hyp.-B.-Pfz.	95,75 bzG		4	98,50 bzG		
do. do.	101 bz		4	21,75 bz		
Kündchr. Cent.-Bod.-Cr.	108,60 G		4	18,99 bz		
Uskr. do.	102 bz		4	168,25 bzG		
Zo. rückzb. k 110	106,75 bzG		fr.			
do. do.	99 bzG		4	77,80 bzG		
Eink. H.d.Pz.Bd.-Crd.	—		4	118,25 bzG		
do. III. Em.	103 bzG		5	70,30 bz		
Kündab. Hyp.-Schuld.	109 G		4	69,00 bzG		
Hyp.-Anth.-Nord.-G.-C.	101 bzG		4	96,10 bz		
Pfandr.	101 bzG		4	—		
Pomm. Hyp.-Briefe.	105,50 G		4	—		
do. do. II. Em.	101,75 bz		4	—		
Goth. Präm.-Pl. I. Em.	109,50 bz		4	—		
do. do. II. Em.	108 bz		4	—		
do. do. 5% Pfzklbr.m.110	102,50 bzG		4	—		
Meiningr. Präm.-Pfz.	96,60 bz		4	—		
Breslau-Silberpfandb.	54,10 G		4	—		
Oest. Nordwest.	34,10 G		4	—		
do. Hyp.-Crd.-Pfz.	30,25 G		4	—		
Pfd.b. Oest.Bd.-Cr.G.	86 G		4	—		
Schles. Bodencr.	108,50 G		4	—		
do.	94,25 bz		4	—		
Bild. Bod.-Crd.-Pfz.	102,75 G		4	—		
do. do. 4½% 4½%	98 G		4	—		
Wiener Silberpfandb.	32 G		4	—		

Ausländische Fonds.

	Bank-Papiere.					
Oest. Silber-R.	141,17	Allg.Deut.Hand-G.	0	26,50 G		
do. 1,6,-10	4½%	Anglo Deutsche Bk.	3	23,08 B		
do. Goldrente . . .	4	Berl. Kassen-Vor.	17,7	107,12	154,00 bzG	
do. Papierrente . . .	4½%	Berl. Handels-Ges.	9	56,15 bz		
Kassa. Präm.-Anl. V.	64,5	do. Prod.-u.Hds-G.	9	79,25 G		
do. 1868	152 bz	Braunschw. Bank	5	93,60 bzB		
do. Bod.-Crd.-Pfz.	5	Breal Disc.-Bank	2	69,49 bz		
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfz.	78,25 bzG	Bresl. Makl. Ver. B.	4	—		
Buss. Poln. Schatz-Obl.	5	Coburg. Cred.-B.	2½	74,25 B		
Pols. Pindbr. III. Em.	71 bzG	Daniz. Cred.-Anat.	7	71,25 G		
Pols. Liquid.-Pfandb.	63,30 bzG	Darmst. Creditb.	6	97,75 bz		
Amerik. rückz. p. 1881	103,25 bz	Darmst. Zettelb.	5½	96,60 bzG		
do. do. 1886	101,80 G	Deutsche Bank	3	85,50 bzG		
do. do. 5% Anleihe . . .	103,10 B	do. Reichsbank	—	156,80 bz		
Ital. neue 5% Anleihe	—	Disc.-Comm.-Anth.	7	92,80 bz		
Ital. Tabak.-Oblig.	103,10 bz	do. do.	8	103,19 bz		
Zauber-Grazer 100 Thlr.	67,50 B	Genossenscb.-B.	5½	104,75 bz		
Spanische Anleihe . . .	84,70 bz	Gewissensb.-Genosse.	5½	93,00 bzG		
Türkische Anleihe . . .	12,30 bz	Götz. junge	5½	97,00 bzG		
Jug. 5% St.-Eisenb.-Ahl.	66,75 G	Gwb. Schusteru. C.	4	4,00 G		
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	Goth. Grundreder.	—	102,90 G		
Finanische 10 Thlr.-Loose	33,30 G	Hannov. Bank	6½	118,50 G		
Türken-Loose 26 B		Hannov. Ver.-Bank	6½	101,25 bzB		

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

	Bank-Papiere.					
Berg.-Mark. Scrie II.	14%	Allg.Deut.Hand-G.	0	26,50 G		
do. III. v. St.3½% 3½%	85,75 bz	Anglo Deutsche Bk.	3	23,08 B		
do. do. VI. 4%	29,25 bz	Berl. Kassen-Vor.	17,7	107,12	154,00 bzG	
do. Hess. Nordbahn	5	Berl. Handels-Ges.	9	56,15 bz		
Berlin-Görlitz.	5	do. Prod.-u.Hds-G.	9	79,25 G		
do. do. Lit. C.	87,25 bzG	Braunschw. Bank	5	93,60 bzB		
Breslau-Freibl. Lit. 4	80,50 G	Breal Disc.-Bank	2	69,49 bz		
Breslau-Freibl. Lit. 4	82,65 bz	Bresl. Makl. Ver. B.	4	—		
do. do. E.	96,25 bzG	Coburg. Cred.-B.	2½	74,25 B		
do. do. E.	96,25 bzG	Daniz. Cred.-Anat.	7	71,25 G		
do. do. G.	92,10 G	Darmst. Creditb.	6	97,75 bz		
do. do. H.	92,10 G	Darmst. Zettelb.	5½	96,60 bzG		
do. do. K.	92,10 bzG	Deutsche Bank	3	85,50 bzG		
do. von 1876	100,50 bz	do. Reichsbank	—	156,80 bz		
Sölm.-Mind. III. Lit. A.	—	Disc.-Comm.-Anth.	7	92,80 bz		
do. . Lit. B.	100,60 G	do. do.	8	103,19 bz		
do. . Lit. B.	93,75 bzG	Genossenscb.-B.	5½	104,75 bz		
Halle-Sorau-Gub.	5	Götz. junge	5½	93,00 bzG		
Märkisch-Posen.	—	Gwb. Schusteru. C.	4	4,00 G		
W.M.-Stabs. I. Ser. 4	97 G	do. do.	8	102,90 G		
do. do. II. Ser. 4	97 G	Hannov. Bank	6½	118,50 G		
do. do. OBL. II. 4	95,50 B	Hannov. Ver.-Bank	6½	101,25 bzB		
do. do. III. Ser. 4	—	Hannov. Prod.-B.	—	102,75 bzG		
Oberschles. A.	—	Central. f. Genos.	—	102,75 bzG		
do. C.	—	Hannov. Disc.-Bk.	10	89,39 bz		